Patrick Sensburg (Hrsg.)
Die neue Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt, 2010
ISBN 978-3-86676-111-7, S. 124, Euro 16,80

Die Beiträge dieses Sammelbandes waren Teil einer Vortragsreihe an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Münster. Das in ihnen skizzierte Bedrohungsszenario bleibt jedoch teilweise undeutlich, da zwar konstatiert wird *„die Terroranschläge vom 11. September 2001 [...] haben die globale Sicherheitslage stark verändert“*, doch andererseits illegale Migration und Wirtschaftskriminalität beziehungsweise allgemeiner die grenzüberschreitende Kriminalität den Bezugsrahmen abstecken.

So zeichnet auch der erste Beitrag des Herausgebers Patrick Sensburg trotz seines exklusiven Bezugs auf den internationalen Terrorismus in der Einleitung ein sehr weites Bedrohungsszenario. Dies erschöpft sich keineswegs in einer terroristischen Bedrohung, sondern nennt auch Phänomene wie Piraterie, Menschenschmuggel und illegale Arbeitsverhältnisse, die weitgehend mit der Globalisierung verbunden seien und die wiederum Reaktionen der europäischen Sicherheitsbehörden provoziere. Genannt werden hierfür die so genannte Schwedische Initiative (2006) und das Stockholmer Programm (2009). Auch der abschließende Ausblick widmet sich allgemeinen Veränderungen der Möglichkeiten zur Kriminalität und ihrer Kontrolle.

Ingo Wolf damals noch Innenminister in NRW geht der Frage nach, in wie weit der bundesdeutsche Föderalismus einer als prekär angenommenen Sicherheitslage gerecht wird. Hier wird das föderative System positiv bewertet, was mit dem Beispiel des BKA-Gesetzes illustriert wird, welches die Möglichkeit der Online-Durchsuchungen vorsieht: *„Dadurch ist eine heimliche Beobachtung einer Person bereits weit im schwer einzugrenzenden Gefahrenvorfeld möglich“* und *„*[s]*omit wird es in Nordrhein-Westfalen aus gutem Grunde eine vergleichbare Befugnis für die Polizei nicht geben.“* Allerdings hatte sich Wolf in der Vergangenheit für die Online-Durchsuchungen ausgesprochen.

In dem einzigen englischsprachigen Beitrag stellt Max-Peter Ratzel die Entwicklung und den Aufbau der Europol dar. Einer Institution der Polizei, die selber über keine Zwangsmittel wie Verhaftungen und Hausdurchsuchungen verfügt, sondern eine Plattform zur europäischen Kooperation der Strafverfolgung ist. Als Erfolgsbeispiel der Europol-Arbeit nennt er die Operation Koala (2007), die sich gegen die Verbreitung von Kinderpornografie richtete.

Ähnlich ausgerichtet ist der Beitrag von Christoph Unger, der das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) vorstellt. Dies verfügt über verschiedensten Kompetenzen, die zu sehr unterschiedlichen Anlässen zum Einsatz kamen. So war die Nachsorge, Opfer und Angehörigenhilfe des BKKs, NOAH, nach dem Tsunami 2004 aber auch nach dem Amoklauf in Winnenden im Einsatz.

Hans Peter Bull geht den Möglichkeiten nach, warum die Diskussion zwischen Sicherheitsbehörden und Bürgerrechtlern von Missverständnissen und damit auch Unsachlichkeiten geprägt ist. So sieht er die Warnungen vor einem Präventionsstaat darin begründet, dass diesem Staatstyp *„abenteuerliche Eigenschaften zugeschrieben“* werden. Ohnedies, so Bull, müssten vor einem möglichen Missbrauch staatliche Kontrollbefugnisse, die etablierten Kontrollinstanzen (von Gewerkschaften bis hin zu Gerichten) funktionsunfähig werden, ehe eine autoritäre Herrschaft möglich wäre. Gleichwohl sieht er einen

„grundlegenden Mangel der Gesetzgebungspraxis“ darin, dass viele Vorschriften *„ohne hinreichende empirische Grundlage“* beschlossen wurden.

Jörg Ziercke widmet sich ausführlich der Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus und welche neue Anforderungen dieser an die moderne Polizeiarbeit stelle. Bei dem Entwurf des Bedrohungsszenarios spricht er von bisher weltweit mehreren tausend Toten. Dies ist insofern unglücklich, da er keinen Zeitrahmen nennt und er mutmaßlich jedes Opfer der Aufständischen in Afghanistan dazu zählt. Diese wurden jedoch bis 1989 Freiheitskämpfer genannt und würden wohl nach einem möglichen Ende des ISAF-Einsatzes mit dem neutralen Begriff Bürgerkrieger bezeichnet werden. Damit hängt das Ausmaß der Bedrohung offenbar auch von der Wortwahl ab. Der zweite Teil des Beitrages widmet sich spezifischen Problemen der Sicherheitsbehörden, die beispielweise von den technischen Möglichkeiten der Internet-Telefonie und gängigen Verschlüsselungsprogrammen geprägt ist.

Einen umfassenden Blick auf die Situation in Afghanistan gibt Bruno Kasdorf, der eine Vielzahl von Aspekten abdeckt. Jedoch bleibt unklar, wie viel der Ausführungen lediglich persönliche Einschätzungen wiedergegeben: *„Ich schätze, dass die Aufständischen 20-40% ihrer Finanzmittel aus dem Drogengeschäft beziehen. Ich kann das zwar nicht beweisen, aber meine UN-Kollegen versichern mir, dass ich damit noch zu niedrig liege.“* So würde die ökonomische Entwicklung vom Drogenanbau und -handel behindert, der für afghanischen Bauern alternativlos sei, jedoch Investoren abschrecke. Die militärische Situation wird düster geschildert: Die Bevölkerung könne sich nicht auf Dauer zu Gunsten der Regierung entscheiden, da diese sie nicht verlässlich vor den Aufständischen schützen kann. Das Problem wird hier in den fehlenden Ressourcen auch der ISAF-Kräfte gesehen.

In seinem umfangreichen Beitrag zeichnet Herfried Münkler die spezifischen Probleme einer asymmetrischen Kriegsführung nach und vertritt unter anderem die These, dass nichtstaatliche Akteure gezielt ihre Angriffe auf die Linie zwischen der äußeren Sicherheit (Aufgabengebiet des Militärs) und der inneren Sicherheit (Aufgabengebiet der Polizei) richten, auf der westliche Gesellschaften besonders verwundbar seien. Überdies widerspricht Münkler der Vorstellung, die Welt könne mit militärischer Überlegenheit gestaltet werden: So hätten beispielsweise afghanische Warlords Strategien entwickelt, die es ihnen auch bei Präsenz ausländischer Streitkräfte erlaubten, jahrzehntelang ihren Einfluss zu konservieren. Ohnehin hinge der Erfolg eines militärischen Auslandseinsatz davon, ob der politische Wille vorhanden sei, jahrelange Verpflichtungen zu übernehmen und Verluste zu ertragen. Ist dies nicht gegeben, sollte vom Einsatz Abstand genommen werden, da gescheiterte Versuche des Stabilitätsexports für die betroffene Region im Ergebnis schlimmer seien, als wenn nichts unternommen worden wäre.

Der letzte Beitrag von Manfred Spieker folgt weitgehend der katholischen Sozialethik. So wird beispielsweise mit dem so genannten Pabstzitat von Regensburg die Frage gestellt, *„ob nämlich dem Islam eine besondere Affinität zur Gewalt eigen ist.“* Dies wird bejaht, denn niemand könne *„darüber hinwegsehen, dass der Terrorismus der Selbstmordattentäter gerade ein Phänomen islamischer Gesellschaften ist“*. Doch tatsächlich gelten die säkularen Tamil Tigers (Sri Lanka) als die Gruppe, die am meisten Selbstmordattentate zu verantworten habe. Die Annahme einer besonderen Affinität des Islams zur Gewalt ist um so erstaunlicher als Spieker selbst den Beginn eines religiös motivierten Terrorismus auf das Jahr 1981 datiert: Dem Jahr der Ermordung des damaligen ägyptischen Präsidenten Anwar El Sadat und damit ein eher junges Phänomen beschreibt. Abschließend überrascht die Behauptung, dass ein stärkeres Engagement der Kirchen gegen Abtreibung *„gewiss auch Auswirkungen auf die*

Abwehr des Terrorismus und das Engagement für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“ hätte.

Es sind sehr unterschiedliche Beiträge, die in diesem Band versammelt sind und sehr verschiedene Aspekte abdecken. Gemein ist ihnen der überwiegende starke Bezug auf den 11. September sowohl in der Einführung des Bandes als auch (oft) in den einleitenden Worten der Beiträge, auch wenn ganz andere Phänomene beschrieben werden. So entsteht der Eindruck, das stärkste Bedrohungsszenario diene dazu, bei der Diskussion um die angestrebte Neugestaltung der Sicherheitsarchitektur gut aufgestellt zu sein.

Ingo Techmeier, Oktober 2010